

## Themenschwerpunkt

Rupert Graf Strachwitz\*

# Ein neues Narrativ für Europa

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0058>

**Zusammenfassung:** Gedanken und Aufrufe zu einer neuen europäischen Ordnung gibt es schon bald 150 Jahre. Es scheint aber, daß wir keinen Schritt weitergekommen sind. Heute brauchen wir diese neue Ordnung dringender denn je. Uns nur auf technische Innovation zu verlassen, erscheint gefährlich. Gebraucht wird ein Ordnungsmodell für das 21. Jahrhundert. Es wird sich wahrscheinlich eher auf Regionen als auf Nationen und ganz sicher auf eine europäische Zivilgesellschaft stützen müssen. Auch diese muss sich allerdings erst entwickeln, obwohl es seit fast 100 Jahren zivilgesellschaftliche europäische Bewegungen gibt. Hierzu bedarf es eines neuen europäischen Narrativs.

### The New Narrative for Europe

**Abstract:** Thoughts and appeals for a new European order have been around for nearly 150 years. But it seems we have not made any progress. Today our need for this new European order is greater than ever. It would be dangerous to rely on technical innovation only. We are called upon to develop a model for the 21<sup>st</sup> century. It will most probably rely on regions rather than on nation states, and most certainly on a European civil society. This has yet to emerge, although European civil society movements have existed for more than 100 years. To this end, we need a new European narrative.

## 1 Einführung

„Im Juni 1914 siegten die Nationalstaaten über den proletarischen Internationalismus und den bürgerlichen Kosmopolitismus. Seither wurde die Nation zur allumfassenden Identität der europäischen Völker.“ (Heller 2019: 21) Diese Analyse ist, so muss man 100 Jahre später mit Bedauern feststellen, völlig zutreffend. Unwidersprochen blieb das nicht. Im Oktober 1914 verfasste eine kleine Gruppe

---

\*Kontakt: Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz, Maecenata Stiftung, Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin, Deutschland

von Deutschen um den Arzt Georg Friedrich Nicolai und den Physiker Albert Einstein einen „Aufruf an die Europäer“. Er war als Antwort auf das sogenannte Manifest der 93 Wissenschaftler „An die Kulturwelt“ gedacht, in dem dessen Unterzeichner, darunter Max Planck, die These von der deutschen Kriegsschuld zurückgewiesen und die Kriegsverbrechen der Armee in den ersten Kriegswochen in Belgien verteidigt hatten. Dort heißt es unter anderem: „Die Welt ist durch die Technik kleiner geworden, die Staaten der großen Halbinsel Europa erscheinen heute einander so nahe gerückt wie in alter Zeit die Städte jeder einzelnen kleineren Mittelmeerhalbinsel, und Europa – ja man könnte fast sagen, die ganze Welt – stellt bereits durch die mannigfachsten Beziehungen eine in den Bedürfnissen und Erlebnissen jedes einzelnen begründete Einheit dar.“ (Nicolai 1917)

Weiter führte Nicolai aus: „Da wäre es doch wohl Pflicht der gebildeten und wohlwollenden Europäer, wenigstens den Versuch zu machen zu verhindern, dass Europa infolge seiner mangelhaften Gesamtorganisation dasselbe tragische Geschick erleidet wie einst Griechenland. [...] Wir wollen grundsätzlich betonen, dass wir fest davon überzeugt sind, dass die Zeit da ist, in der Europa als Einheit auftreten muß, um seinen Boden, seine Bewohner und seine Kultur zu schützen“ (Nicolai 1917). Der Aufruf endete mit einem Appell: „Wir selber wollen hierzu nur anregen und auffordern, und so bitten wir Sie, falls Sie unser Gesinnungsgenosse und gleich uns entschlossen sind, dem europäischen Willen einen möglichst weitreichenden Widerhall zu verschaffen, Ihre Unterschrift zu senden.“ (Nicolai 1917)

Obwohl in diesem Beitrag vor allem von einem neuen Narrativ die Rede sein soll, erscheint es wichtig, an relativ lang zurückliegende Bemühungen zu erinnern, die Idee eines vereinigten Europas auf die politische Tagesordnung zu setzen. Bereits 1871 hielt der Engländer John Robert Seeley in London einen Vortrag, dem er den Titel „The United States of Europe“ gab. Darin erinnerte er daran, es habe die Hoffnung bestanden, dass die Einführung demokratischer Regierungen Krieg überflüssig machen würde. Dieses habe sich aber nicht bewahrheitet (Seeley 2008). Die Lösung, die Seeley anbot, enthielt unter anderem folgenden Vorschlag: „Um stark und effektiv zu sein, muß ein solches System [einer Föderation aller Mächte (Anm. d. Verf.)] mit Sicherheit einen engeren Zusammenschluss beinhalten; das heißt nicht einen Bund nach Art des früheren Deutschen Bundes, sondern einen Zusammenschluss nach dem Modell der Vereinigten Staaten mit einem vollständigen Apparat der legislativen, exekutiven und judikativen Gewalten und erhaben über jede Abhängigkeit von den Regierungen der Staaten.“ (Seeley 2008: 17)

Auf der italienischen Gefängnisinsel Ventotene schrieben 1941 drei dort inhaftierte Italiener mit dem Ruß abgebrannter Streichhölzer das „Manifest von Ventotene“ und gaben ihm den Titel „Für ein freies und einiges Europa“. Dort

heißt es unter anderem: „Die Nation ist im Gegenteil zu einem göttlichen Wesen geworden, das ausschließlich seine eigene Existenz und Entwicklung im Auge behalten soll, ohne Rücksicht darauf zu nehmen, dass es dadurch anderen Schaden zufügt.“<sup>1</sup> Im weiteren heißt es dann: „Da die Zeit reif ist, neue Werke zu vollbringen, wird es auch die Zeit neuer Menschen sein: die Zeit der Bewegung für ein freies und vereintes Europa.“ (ebenda)

Die hier beispielhaft genannten Zeugnisse haben eines gemeinsam: Es waren Bewegungen, die von Bürgerinnen und Bürgern ausgingen und die von den Regierungen kaum anerkannt wurden, obgleich sie wesentliches beitrugen. Sie zeigen, dass schon im Rückblick das im öffentlichen und politischen Diskurs nach wie vor vorherrschende Narrativ des europäischen Eingungsprozesses, dargestellt als der erfolgreiche Versuch von Politikern, die Folgen des 2. Weltkriegs, die (angebliche) deutsch-französische Erbfeindschaft und andere historische Hinterlassenschaften der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu überwinden, historisch zwar nicht falsch, aber denkbar unvollständig ist.

Die suggestive Wirkung dieses Narrativs ist inzwischen sehr gering und nimmt weiter ab, zumal diplomatisches Verhandeln immer weniger in der Lage ist, die Emotionen der Bürgerinnen und Bürger zu wecken und diese nicht ohne Grund immer mehr daran zweifeln, ob die Politiker die europäische Einigung tatsächlich wollen. Die Mischung aus Spektakel und Kuhhandel, die bei den Sitzungen des Europäischen Rates jedes Mal zu beobachten ist, vermittelt jedenfalls diesen Eindruck. Wenn nach über 100 Jahren der ernsthaften Bemühungen noch immer gesagt werden kann: „*L'Europe n'existe pas*. Europa ist kein integrierter Kontinent, sondern nur die Summe seiner Ängste und Antipathien“ (Gujer 2016: 1), ist offenkundig, dass es so nicht weitergehen kann, wenn Europa gewollt wird.

Die Narrative der mehr als zwei Generationen zurückliegenden politischen Ausgangslage des Vereinigungsprozesses sind den nur eine Generation zurückliegenden Narrativen des Transformationsprozesses vergleichbar. Auch hier wird der Beitrag der Bewegungen in ganz Mittel- und Osteuropa zugunsten des angeblich strategischen Planens der Regierungen gern verdrängt (Muschter/R. Strachwitz/V. Strachwitz 2009). Soll aber Europa sich weiter entwickeln, muss es zum einen Narrative geben, die emotional ansprechen und zugleich rational begründbar sind, zum anderen muss der oft entscheidende Beitrag von Bewegungen, die die entscheidenden Anstöße geben, deutlicher in das Blickfeld gerückt und gewürdigt werden. Die Narrative müssen von den Herausforderungen des

---

<sup>1</sup> <https://www.jef-bw.de/wp-content/uploads/2014/01/Manifest-von-Ventotene-Deutsch.pdf> (25. August 2019)

21. Jahrhunderts ausgehen und die Realität des 21. Jahrhunderts widerspiegeln. Dies ist kein Sakrileg gegenüber den Leistungen der Väter, sondern eine praktische Notwendigkeit. Es leuchtet heute mehr denn je ein, Europa zu begreifen, zu verteidigen und zu erkämpfen als:

- Antwort auf die Herausforderung der Globalisierung,
- Schutz vor imperialen Mächten,
- Akteur in den Konflikten des 21. Jahrhunderts,
- Sicherheit im Zeitalter von Trump, Putin und anderen,
- Weltregion der Partizipation und des Handlungsraums einer freien Zivilgesellschaft und
- erstrebenswerte Lebens- und Wertegemeinschaft

Das Interesse an Europa war im Vorfeld der letzten Wahlen zum Europäischen Parlament größer als je vorher; neue Bewegungen wie *Pulse for Europe* haben dazu entscheidend beigetragen. Noch erfreulicher ist, dass die Zustimmung zu Europa bei den Bürgerinnen und Bürgern deutlich gestiegen ist<sup>2</sup>. Aber dies darf nicht dazu verführen, zu glauben, es bedürfe nun keiner weiteren Debatte. Im Gegenteil: Daran besteht akuter Bedarf. Einige Themen sollen in diesem Beitrag zur Diskussion gestellt werden:

- die geopolitische Herausforderung,
- die Herausforderung einer neuen politischen Ordnung,
- der Beitrag der Zivilgesellschaft,
- die europäische Identität.

## 2 Die geopolitische Herausforderung

Europa hat wenige Freunde in der Welt, aber viele Wettbewerber. In vielen Regionen der Welt gibt es nach wie vor ein erhebliches Mißtrauen gegenüber früheren Kolonialmächten und – höchst lebendigen – eurozentristischen Attitüden. China, die USA und Russland demonstrieren uns ganz offen, wie sehr sie allein die Herren im *global village* sein wollen, die BRICS-Staaten warten in der Tür, und die bislang noch nicht so sehr in Erscheinung getretenen Staaten entlang der „Seidenstraße“ werden in Kürze ebenfalls zur Stelle sein (Frankopan 2015: 509), weil „in vielerlei Hinsicht, das 20. und frühe 21. Jahrhundert für die Vereinigten Staaten und für Europa eine Art Katastrophe waren, indem sie erfolglos versuchten, ihre Position

---

<sup>2</sup> Die größte pro-europäische Demonstration fand am 23. März 2019 in London statt.

gegenüber den wichtigen Regionen zu behaupten, die den Osten und den Westen verbinden“ (ebenda: 508).

Für Deutschland hat dies noch eine zusätzliche Bewandnis. Jahrzehntlang mußte sich Deutschland – wohlgerne aus guten Gründen – gefallen lassen, dass die Karte der Nazi-Greuel und der verlorenen zwei Weltkriege gezogen wurde, wenn deutsche politische Positionen irgendjemandem nicht gefielen. Dies machte Rußland ebenso wie Israel, Frankreich ebenso wie Griechenland, Großbritannien ebenso wie die Vereinigten Staaten. Seit der von Angela Merkel initiierten Willkommenskultur durch ihre Ankündigung, die Grenzen für Flüchtlinge und Migranten weit zu öffnen (Merkel 2015), sticht diese Karte im internationalen diplomatischen Geschäft nicht mehr und wird auch nicht mehr ernsthaft gezogen. In der seit 2014 aktuellen Krise um die Ostukraine wuchs Deutschland in die Rolle einer *leading nation* hinein, ohne dass es „durch lautstarke Hinweise anderer europäischer Mächte gebremst wurde, indem diese auf die Rolle hinwiesen, die Deutschland am Ende des Ersten und im Zweiten Weltkrieg in der Ukraine gespielt hatte“. (Münkler 2015: 50)

Es geht also nicht mehr oder kaum noch darum, das große und potenziell gefährliche Deutschland einzubinden oder einzudämmen. Vielmehr hat mit oder ohne Donald Trump im Weißen Haus und Wladimir Putin im Kreml Europa gar keine andere Wahl, als sich zusammenzutun, wenn diese Staatengemeinschaft weiterhin oder vielleicht sogar erstmals als globale Akteurin respektiert werden möchte – mit den Akzenten, die sie setzen kann, als „normative Macht“ mit *soft power* (Offe 2016: 89). Wenn sie das schafft, ist sie ein starker, wenn nicht, ist sie überhaupt kein Partner.

In den Brexit-Verhandlungen mit Großbritannien haben die 27 anderen EU-Mitglieder gezeigt, dass sie zusammenstehen können. Den Kräften in USA, Russland und Großbritannien, die die anti-europäische Stimmung im Vereinigten Königreich dazu nutzen wollten, um Europa aufzusprengen, ist dies jedenfalls bisher nicht gelungen. Doch ist dieser Zusammenhalt der Regierungen, wie man bei anderen Themen ständig beobachten kann, nach wie vor höchst fragil – und bleibt hinter der Identitätsfindung der Bürgerinnen und Bürger weit zurück.

Es kann keinerlei Zweifel daran geben, dass sich die Bürger Europas große Sorgen über eine gemeinsame Verteidigungspolitik und gemeinsame geopolitische Strategien machen. Europäer wollen heute nicht unter dem Diktat Washingtons leben, und es ist anzunehmen, dass die Zeiten vorbei sind, in denen einige Europäer sich im Interesse der Vereinigten Staaten in ein militärisches Abenteuer hineinziehen lassen würden. Auf diese Sorgen antworten die Regierungen trotz einer im Kern gleichen und neuartigen Interessenlage mit Rezepturen des 20. Jahrhunderts. Sicherheit, Freiheit, die Weiterentwicklung unserer Demokratie und unserer Wirtschaftsordnung, die Antworten auf die unübersehbaren Heraus-

forderungen des Klimawandels und vieles andere mehr übersteigen bei weitem den Deliberations-, Entscheidungs- und Handlungsrahmen aller europäischen nationalen Regierungssysteme, zumal ihre Behauptung, sie seien souverän, schon angesichts der kaum noch überschaubaren internationalen Vertragsbindungen geradezu lächerlich ist. „Alte Parolen klingen hohl.“ (Heller 2019: 52)

Am 16. Februar 1919 notierte Harry Graf Kessler, Kunstförderer, großer Europäer und genauer Beobachter des Weltgeschehens, in sein Tagebuch, der Völkerbund könne doch auch als ein Bund von Verbänden konzipiert werden, um den ständigen Widerstreit unterschiedlicher nationaler Interessen zu überwinden. So neu wäre daher heute die Idee nicht, das große europäische Projekt von den Nationalstaaten abzukoppeln. Die Geschichte lehrt, dass politische Ordnungen ebenso endlich sind wie politische Narrative. Zu glauben, eine Ordnung sei endgültig, das „Ende der Geschichte“ (Fukuyama 1992) sei erreicht, hat sich immer und immer wieder als irrig erwiesen. Die Zeitspanne eines Ordnungssystems war selten länger als zwei, allenfalls drei Generationen.

In Europa sind wir heute an einem historischen Punkt, der ein neues Ordnungskonzept dringend erforderlich erscheinen lässt. Brexit, gemeinsame Sicherheitsinteressen, Prinzipien, die den Europäern gemeinsam sind, sie aber von anderen Bürgerinnen und Bürgern dieser Welt unterscheiden, und anderes mehr sind Indikatoren dafür, dass die Europäische Union in ihrer derzeitigen Gestalt nicht der Weg zur großen europäischen Einigung ist. Die EU arbeitet zentrale gemeinsame Anliegen ab. Aber vielleicht müssen wir ein neues, zivilgesellschaftlich geprägtes europäisches Projekt darüber legen? Wie das gehen soll, wissen wir noch nicht.

### 3 Die Herausforderung einer neuen politischen Ordnung

„Nationsbildung gilt seit dem Westfälischen Frieden im 17. Jahrhundert und vor allem seit den nationalen Bewegungen im 19. und 20. Jahrhundert als natürlichste Gebietseinheit, dabei ist sie historisch sehr jung – und könnte ein Auslaufmodell sein.“ (Leggewie 2017: 95) Der Nationalstaat europäischer Prägung ist ein Ergebnis der politischen Philosophie des 16. – 18. Jahrhunderts, endgültig politisch umgesetzt in der Schlussakte des Wiener Kongresses, die am 8. Juni 1815 von den europäischen Mächten unterzeichnet wurde. Er ist wegen geographischer, ethnischer, kultureller und religiöser Inkompatibilität ein Auslaufmodell. Er widersteht dank der Pfadabhängigkeit des politischen Systems noch dem Druck, übersieht aber nicht nur die geopolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, sondern

auch das in der letzten 200 Jahren gewachsene und nunmehr zu verteidigende Gewicht gemeinsamer Vorstellungen von einer lebenswerten Gesellschaft und die Stärke der transnationalen Zivilgesellschaft.

Die Schlussakte des Wiener Kongresses kann daher ebensowenig die Folie sein, auf der sich Europa weiterentwickelt, wie die nun 70 Jahre alten ersten europäischen Verträge. Ob der Vertrag von Lissabon<sup>3</sup> die richtige Folie ist, kann bezweifelt werden. Als ideelles Fundament, als Idee auf der Höhe der Ideengeschichte, ist er wohl doch zu mager, zu technisch, zu detailverliebt. Ein vereinigt Europa muß nicht die immer engere Union sein. Aber ein in der europäischen Geschichte lange nicht gekanntes Attribut weist sie auf: „Die Kriterien für die Mitgliedschaft [in der Europäischen Union] basieren weniger auf geographischen, sondern auf Wertgrundsätzen.“ (Rifkin 2004: 217)

Dass sich die heutige europäische Vertragsordnung linear und unter Beibehaltung aller Souveränitätsrechte der derzeitigen Mitgliedsstaaten zu einem europäischen Staatswesen nationalstaatlicher Prägung weiter entwickeln könnte, ist dennoch – jedenfalls in absehbarer Zeit – ebensowenig zu erwarten, so sehr sich die Regierungen der Mitgliedsländer auch öffentlich an diese Vorstellung klammern. Sie reden denn auch davon, dass europäische Regelungen stets nur subsidiär gegenüber nationalstaatlichen Regelungen eingeführt werden dürfen. Damit plappern sie und mit ihnen die Medien und viele Bürgerinnen und Bürger unreflektiert etwas nach, was sie nicht durchdacht haben. Sie unterstellen, dass der Nationalstaat das Ordnungskonzept schlechthin darstellt, dem sich alle übrigen unterzuordnen haben. Dies erscheint angesichts der Herausforderungen unrealistisch. Nur technisch voranzugehen, das grundsätzliche Ordnungskonzept aber unverändert beizubehalten, kann nicht funktionieren. Es ist also, unbeschadet Dieter Grimms Kritik, sehr wohl zu fragen, „ob es überhaupt noch Sinn hat, [die Europäische Union] unter Souveränitätsgesichtspunkten zu betrachten“ (Grimm 2016: 49).

Benötigt werden neue Konzepte, die sehr wohl das gemeinsame kulturelle Erbe Europas im Blick haben, aber umfassende Subsidiarität, Inklusion und partizipative Demokratie zum Ausdruck bringen; aber diese Konzepte gibt es nicht. So wenig die britische Regierung vor dem Referendum im Juni 2016 geprüft hatte, welche Konsequenzen der Austritt aus der Europäischen Union einerseits, der

---

**3** Der am 13. Dezember 2007 von den damals 27 Mitgliedern der Europäischen Union abgeschlossene und am 1. Dezember 2009 in Kraft getretene „Vertrag von Lissabon zur Änderung des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft“ ist die derzeit gültige völkerrechtliche Vertragsgrundlage der Europäischen Union (Amtsblatt der Europäischen Union 2007/C 306/01, zuletzt bekanntgemacht durch Abdruck der konsolidierten Textfassungen im Amtsblatt 2012/C 326/01)

Verbleib in ihr andererseits haben würden, und entsprechende konzeptionelle Vorstellungen entwickelt hatte, so wenig haben die europäischen Eliten bisher irgendwelche konzeptionellen Modelle dafür entwickelt, wie das integrierte oder vereinigte Europa als gesamthafter Ordnungsrahmen aussehen könnte. In der öffentlichen Diskussion werden von Charles de Gaulles „Europa der Vaterländer“ bis zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ nach 240 Jahre altem amerikanischem Muster traditionelle Konzepte schlagwortartig und unwidersprochen in den Raum gestellt.

Anders als in den USA vor 1776, in Frankreich vor 1789 und in Deutschland vor den Beratungen des Parlamentarischen Rats 1948<sup>4</sup> mangelt es an weitblickenden Überlegungen, wie eine künftige Ordnung aussehen sollte. „Zwei schwerwiegende Gefahren könnten aus [...] technokratischen Verhältnissen folgen: Die Abwendung von der Idee Europas, die Regression der europäischen Integration und die Verstärkung der ohnehin zu beobachtenden Renationalisierung der Politik in Europa einerseits; andererseits die Banalisierung der Politik ganz grundsätzlich, das Ende der Substanz der demokratischen Idee, die Regression des Citoyens als zentraler Akteur und Handelnder einer Demokratie zum Konsumenten anderswie gestalteter [...] Politik.“ (Gross 1995: 184)

Seit einer Generation laborieren beispielsweise nationale Regierungen mit der Einrichtung von Regionen herum. Der lange Zeit in Europa gehörte Spott über Deutschland als unvollendeter Nationalstaat ist verstummt. Regionalisierung ist angesagt, kann aber nur erfolgreich sein, wenn sie nicht nur als administrative Maßnahme gesehen wird, sondern auch mit einer kulturellen Identität verknüpft wird. Diese zu wecken, ist schwierig, wenn sie nicht historisch gewachsen ist. Das wusste auch der niederländische Unternehmer Alfred H. (Freddy) Heineken, der 1992, angeregt durch die Philosophie Leopold Kohrs (Kohr 1957)<sup>5</sup>, aus eigener Initiative mit einigen Mitstreitern ein Manifest unter dem Titel ‚The United States of Europe‘ veröffentlichte. Darin schlug er vor, Europa in 75 Regionen zu gliedern, die in etwa eine ähnliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern umfassen sollten. Deutschland würde beispielsweise in neun Regionen aufgeteilt werden, eine zehnte würde aus Luxemburg und Teilen Westdeutschlands bestehen (Heineken 1992). Damit würde ein Ausgleich zwischen großen und kleinen Nationen

---

<sup>4</sup> Der parlamentarische Rat baute nicht nur auf den Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch auf Konzepten auf, die über Jahre im äußeren und inneren Exil, in nach 1945 lebhaft geführten Debatten, in intensiven Diskussionen mit den westlichen Siegermächten und zuletzt durch den Verfassungskonvent von Herrenchiemsee (1948) entwickelt worden waren.

<sup>5</sup> Kohr hatte schon 1941 vor einer Nachahmung des amerikanischen Modells der Vereinigten Staaten ebenso gewarnt wie vor großen Nationalstaaten und das Schweizer Kantonsmodell als Vorbild für Europa bezeichnet.

geschaffen und eine neue Ordnung begründet werden. Diese Gedanken machten sich auch Robert Menasse (2013) und später Ulrike Guérot (2016) zu eigen, die in vielen Publikationen für ein Europa der Regionen geworben haben. „Die innere Dynamik der EU gibt den Abgeordneten der Regionalparlamente immer größere Bedeutung [...]. Dann kann dieser kühne Traum Wirklichkeit werden: Europa als erster nachnationaler Kontinent der Weltgeschichte“. (Menasse 2013: 24; Menasse 2012). Es erscheint undenkbar, dass ein künftiges Europa sich als Vereinigte Staaten von Europa nach dem amerikanischen Vorbild aus dem 18. Jahrhundert organisieren wird. Deswegen erscheint es trotz der unbedingt richtigen Forderung nach einer „Abnabelung des gegenwärtigen Standes der Europäischen Integration von den Nationalstaaten, den *Herren* der Verträge“ (Koch 2019, 144) nicht weiterführend, nach einer „Europäischen Nation“ (Ebd., 85 und passim) zu rufen.

Gebraucht wird ein Governance-Modell für das 21. Jahrhundert. Es ist gut möglich, dass dieses Modell starke regionale Elemente enthalten wird, die dazu dienen, schottische, bayerische, katalanische, lombardische, bretonische oder flämische Bürger kulturell einzubinden. Und das ist nur einer der Gründe, warum es sehr unwahrscheinlich erscheint, dass Europas Governance künftig dem gleichen wird, was wir aktuell von der Europäischen Union kennen.

Damit das geschieht, muss intensiv nachgedacht werden. Noch sind diskussionswürdige Modelle und Vorschläge aber nicht in Sicht. Überall in Europa gibt es eine große Zahl wissenschaftlicher Institutionen und unabhängiger Think Tanks, die bereit sind, Ideen zu entwickeln, wie Europa in Zukunft aussehen könnte. Diese muss man ermutigen und dazu befähigen, diese Arbeit weiter auszubauen. Darauf scheint die Politik bisher nicht eingestellt sein.

## 4 Der Beitrag der Zivilgesellschaft

Es ist denkbar, fast wahrscheinlich, dass eine neue Form von Governance die Zivilgesellschaft – und lokale Regierungen – in einem System der Gewaltenteilung und gegenseitigen Kontrolle („Checks and Balances“) einbezieht, um das derzeitige System zu ersetzen, das in der jüngsten Vergangenheit in nahezu allen sogenannten „westlichen“ Demokratien so eklatante Schwächen gezeigt hat (Crouch 2011: 222ff.). Die Geschichte hat gezeigt, dass neue Ideen häufig in der Zivilgesellschaft entstehen.

„Die Zivilgesellschaft, die Vereine, die Stiftungen, das Sich-drum-Kümmern, das Sich-Einsetzen, das Sich-Engagieren vieler – all das hat ungeheuer zugenommen in den letzten Jahrzehnten. Dies ist eine neue Ressource für das Zusammenwachsen Europas von unten, die in früheren Phasen noch weitgehend fehlte.“

(Kocka 2018: 11) Die Beobachtung der heutigen Situation ist gewiss richtig, aber ob diese Ressource früher gefehlt hat, mag bezweifelt werden. Am Anfang der Versuche, Europa zusammenzuführen, standen zivilgesellschaftliche Bewegungen. 1923 gründete Graf Coudenhove-Kalergi in Wien die Paneuropa-Union. Europäische Bewegungen entstanden 1934 auch in der Schweiz, 1938 in London, 1943 in Italien, 1944 in Frankreich, 1946 in Deutschland. Aufsehen erregten 1950 junge Franzosen und Deutsche, die an der gemeinsamen Grenze Schlagbäume hochrissen. Ohne diese europäische Grundstimmung hätten Politiker die ersten Schritte nicht gehen können.

Dass Zivilgesellschaft in der Lage ist, voranzugehen, hat sie im Helsinki-Prozess bewiesen, der zur Transformation in Mittel- und Osteuropa führte. Sie hat immer wieder den staatlichen Apparat vor sich hergetrieben und sich durchgesetzt. Dies muss auch hier und jetzt geschehen. Denn eines ist klar: Gelingt es nicht, das Projekt Europa in eine generelle Akzeptanz zurückzuführen, bleiben alle Bemühungen vergeblich. Die Bürgerinnen und Bürger Europas müssen das schaffen. Zu glauben, dies alles könne man beim Nachdenken über eine gute politische Ordnung vernachlässigen, ist nicht nur naiv, sondern gefährlich. Letztlich wird der Erfolg des europäischen Projekts davon abhängen, dass die Bürgerinnen und Bürger eine Unumkehrbarkeit hergestellt haben.

Ruhe ist daher heute gewiss nicht mehr „die erste Bürgerpflicht“<sup>6</sup>. Identität und Loyalität beruhen auf dem aktiven Einreten für das subjektiv erkannte Gemeinwohl. Dazu gehört auch, dass engagierte Bürgerinnen und Bürger heute die Lösungen vorbereiten, die deren gewählte Vertreter dann umzusetzen haben. Gender-Politik, Umweltpolitik und Mauerfall sind nur drei von vielen Beispielen dafür, dass „der Staat“ in den letzten Jahrzehnten das Gestaltungsmonopol aus guten Gründen wieder verloren hat, das er sich angeeignet hatte. Heute gehören Partizipation, Inklusion und Integration zu den Themen, bei denen die Bürgerinnen und Bürger den Staat hinter sich her ziehen müssen.

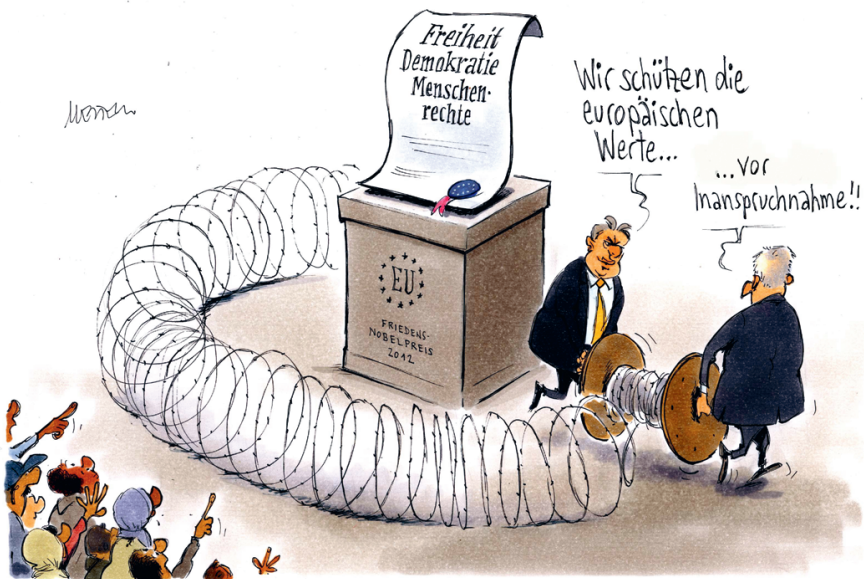
Allerdings hat die europäische Zivilgesellschaft selbst bisher über eher basale Forderungen hinaus keine Vorstellung davon, geschweige denn ein schlüssiges Gesamtkonzept dafür entwickelt, welchen Rahmen sie sich eigentlich wünschen würde. Noch schlimmer: „Die Bürgerinnen und Bürger merken oft nur langsam, dass ihre Demokratie abgebaut wird – obwohl es vor ihren Augen geschieht.“ (Levitsky/Ziblatt 2018: 92)

---

<sup>6</sup> Ursprung dieses geflügelten Wortes ist ein roter Zettel, den der Gouverneur von Berlin, Friedrich Wilhelm Graf Schulenburg, nach der Niederlage in der Schlacht bei Jena (1806) gegen Napoleon an die Straßenecken der Stadt schlagen ließ: „Der König hat eine Bataille verloren. Jetzt ist Ruhe die erste Bürgerpflicht; ich bitte darum. Schulenburg.“

In Europa gibt es durchaus starke Zivilgesellschaften, aber sie werden bedrängt – in Ungarn und Polen zur Zeit mehr als anderswo, aber auch in Westeuropa (Bouchet/Wachsmann 2019). Es muss daher darauf ankommen, aus der Zivilgesellschaft in Europa eine europäische Zivilgesellschaft zu entwickeln. Was dies eigentlich bedeutet, haben nationale Parlamente und Regierungen bisher nicht, die Zivilgesellschaft selbst nur ansatzweise verstanden. Mit „Zuckerbrot und Peitsche“, mit Fördermitteln und hoheitlichen Beschränkungen versuchen erstere, die Zivilgesellschaft an sich zu binden. Aus der Entwicklung Europas versuchen Parlamente und Regierungen, die Zivilgesellschaft herauszuhalten. Regionale und lokale, europäische und andere – nicht zuletzt zivilgesellschaftliche – Loyalitäten könnten sich viel komplikationsloser zu dem Loyalitäts- und Identitätsmix entwickeln, der die Mitglieder moderner Gemeinwesen je einzeln prägen sollte.

Eine europäische Dimension erreicht die Zivilgesellschaft, so lässt sich daher zusammenfassen, nur dann, wenn sie als europäischer *demos*, als europäisches Volk, auftritt oder sich dafür einsetzt. Dies muss nicht analog zum politischen Einigungsprozess im engeren Sinn geschehen (Schmale 2008: 168), schon gar nicht ist, wie Simms und Zeeb meinen, eine europäische Staatlichkeit dafür die Voraussetzung (Simms/Zeeb 2016: 122).



Bei ihrer Bewerbungsrede vor dem Europäischen Parlament versprach Ursula von der Leyen: *“I want European citizens to play a leading and active part in building the future of our Union. I want them to have their say at a Conference on the Future of Europe, to start in 2020 and run for two years.”* (von der Leyen 2019) An diesem Satz wird sie sich messen lassen müssen. Einen konkreten Vorschlag gibt es hierzu aus Österreich, ein Plädoyer für einen Bürgerkommissar (Citizen Commissioner) neben den anderen Kommissaren der Europäischen Kommission, um das Feld der Bürgerbeziehungen zu institutionalisieren. Im Vergleich zu anderen Ressorts wie Wettbewerb oder Handel liegt dieses rechtlich, strukturell, finanziell und politisch brach. Das Vertrauen der Bürger in die EU stellt das schwächste Glied der Kette dar, weist zugleich aber das größte Potenzial für eine starke EU auf (Ringler 2019).

Allerdings ist durchaus Wachsamkeit angebracht. Schon jetzt setzt die Europäische Kommission verstärkt auf sogenannte Bürgerdialoge (Europäische Kommission 2017). Diese sind unter der Überschrift „Den Bürgern zuhören“ (ebenda: 3) zweifellos zu begrüßen. Doch dürfen sie nicht dazu führen, dass die von der organisierten und unorganisierten Zivilgesellschaft selbstermächtigt eingeforderte und selbstorganisiert ausgeübte Beteiligung an der deliberativen Demokratie dadurch verdrängt wird (Habermas 2008: 144; Hierlemann/Huesman 2018). Bewegungen der Bürger selbst sind nicht durch Befragungen seitens der Regierungen ersetzbar.

## 5 Die Europäische Identität

Alle Zeichen sprechen letztlich dafür, dass das europäische Projekt zwar verzögert, aber nicht aufgehoben werden kann. Ob es aber so gestaltet wird, wie wir uns das vorstellen, liegt an den Bürgerinnen und Bürgern. Das erfordert Engagement und Ressourcen, vor allem aber ein disruptives Herangehen an die Fragestellungen. Das „Nachdenken über die Zukunft der Eurozone und der EU insgesamt erfordert es, sich von Scheren im Kopf zu verabschieden. Scheren, von denen die wohlmeinende, konsensorientierte Europadebatte in Deutschland über Jahrzehnte geprägt war. Dazu gehört auch, zentrale Leitmotive des Integrationsprozesses im Lichte der Krise zu überdenken und entlang künftiger Herausforderungen neu zu deuten. Was kann Solidarität nach der Krise in Europa heißen?“ (Möller 2013: 35)

Der Schulteranschlag der Regierungen mit der Wirtschaft lässt ein solches disruptives Herangehen nicht erwarten, ebensowenig, dass die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger Europas hinreichend gewürdigt wird (Stiftung Markt-

wirtschaft 2019)<sup>7</sup>. Wenn bürgerschaftlich Engagierte aus Großbritannien, Deutschland und anderen Ländern zusammentreffen – sei es am Rande von politischen „Gipfeln“, als Hilfsorganisationen bei Katastrophen, als Sänger bei einem Festival der Laienchöre, in einer Organisation zum Schutz des europäischen Kulturerbes, einem Jugendcamp oder an anderer Stelle – interessiert sich niemand ernsthaft für nationale Zugehörigkeiten oder für Politiker. Was die Menschen wirklich bewegt, ist die gemeinsame Mission, sind gemeinsame Anliegen und Interessen, ist die Solidarität unter Gleichgesinnten. Anders gesagt: Regierungen sind den Menschen nicht so wichtig, wie die Regierungen glauben. So sehr sie auch glauben wollen, dass sie das Steuer in der Hand haben, so sehr ist die Lebenswirklichkeit der meisten Menschen doch eine andere: Loyalitäten und Identifizierungen gelten einer hochgradig individuellen Mischung aus Familie, Gemeinde, zivilgesellschaftlicher Organisation, Glaubensgemeinschaft, Region, Nation, Europa und dem „global village“. Diese Komplexität, wenn nichts anderes, ist das Narrativ Europas (Green 2015: 57).

Es gilt, aus der europäischen Kulturgeschichte das identitäts- und loyaltätsstiftende Narrativ für Europa weiterzuentwickeln (Quaedvlieg-Mihailovic/Strachwitz 2007). Es war Theodor Heuss, der gesagt hat, Europa sei auf drei Hügeln gebaut: dem Kapitol, der Akropolis und Golgotha (Heuss 1950: 32). Er erinnert uns, wie unterschiedlich und doch wie stark auf einander bezogen unsere kulturellen und geistigen Traditionslinien sind. Verschiedenheit und eine gemeinsame Geistes- und Kulturgeschichte prägen gemeinsam Europa. Nationalistischer Ungeist des 19. und 20. Jahrhunderts hat versucht, von der französischen Malschule („*école française*“) über die „deutsche Dichtkunst“ bis zum als Kainszeichen erdachten und zum Gütesiegel gewordenen „Made in Germany“ alles wider besseres Wissen mit einem nationalen Etikett zu versehen. Es waren die späten Zuckungen eines Widerstands gegen eine Entwicklung, zu der das Suchen nach größeren Räumen in einer globalisierten Welt schon seit mehr als 100 Jahren zentral gehört. Allerdings: Der Mittelmeerraum gehört dazu – seit Jahrtausenden. Die Wiege Europas liegt an der Südostsee des Mittelmeeres. Die Menschen dort gehören zu Europa. Wenn zu Europas Identität gehört, dass altes zu bewahren ist, um das neue zu bewältigen, ist diese Erkenntnis fundamental.<sup>8</sup>

Identität und Loyalität bleiben ebenso wichtige wie fragile Elemente einer tragfähigen Ordnung. Beide sind heute schwer erschüttert, beide müssen neu

<sup>7</sup> S. bspw. Stiftung Marktwirtschaft 2019. Die Worte Bürger/Bürgerin, Zivilgesellschaft o. ä. kommen dort nicht vor.

<sup>8</sup> S. hierzu u.v.a.: Div. Hrsg.: Europe and the Mediterranean – Talking, Working, Learning, and Living Together (7 Bde.). Berlin: Maecenata – Europa Bottom-Up Serie Nr. 11/12 (2015), 17/18/19 (2017), 21/22 (2019).

aufgerichtet werden. Hierzu bedarf es neuer Formen, Verfahren und Zusammen-schlüsse, um Demokratie, die Herrschaft des Rechts, die Menschen- und Bürger-rechte und nicht zuletzt die kulturellen Traditionen so zu bewahren und zugleich so weiter zu entwickeln, dass sie die tragfähigen Pfeiler unserer Gesellschaft bleiben. Darauf beruht europäische Identität. „Historisch betrachtet, ist der fällige Schritt zu einer politisch handlungsfähigen Euro-Union die Fortsetzung eines ähnlichen Lernprozesses, der mit der Herausbildung des Nationalbewusstseins im 19. Jahr-hundert schon einmal stattgefunden hat.“ (Habermas 2018: 96)

## 6 Folgerungen

Ist es möglich, aus diesen und anderen Überlegungen ein neues europäisches Narrativ zu entwickeln? Ist dieses so tragfähig, dass die Europäerinnen und Euro-päer sich damit identifizieren können?

Angesichts des Drucks auf Europa, ein Einwanderungsland zu werden, und der Widerstände, die bei den Europäern dagegen entstanden sind, sind es viel-leicht nicht die Finanzen, nicht der Brexit, nicht der äußere Druck aus China, Russ-land und den USA und schon gar nicht die Regulierungsorgane der Europäischen Kommission, die die Europäer dazu bringen werden, sich neu aufzustellen und ein neues Narrativ zu entwickeln. Zur Zeit scheint sich das europäische Projekt viel eher an dem Begriff der Inklusion festzumachen. 30 Jahre nach dem Trans-formationsprozess sagen junge Eliten in Mittel- und Osteuropa, sie fühlten sich gegenüber Westeuropäern zurückgesetzt und benachteiligt. Überall in Europa entstehen Bewegungen von Bürgern, die von sich sagen, sie würden nicht mit-genommen, von den Problemen der Zuwanderer ganz zu schweigen.

Dabei entspricht Inklusion, das Zulassen von und der Respekt vor Unter-schiedlichkeit, guter alter europäischer Tradition. Wer auch immer Abschottung und Ausgrenzung fordert, knüpft nicht nur an die Folgen der Katastrophe von 1914 an, sondern damit auch an ein europäisches Narrativ, das kaum weiter zurückreicht als bis in das 20. Jahrhundert. Verschiedenheit ist das Narrativ, das Europa seit Jahrtausenden geprägt hat. Jeder, so hat einmal ein preußischer König gesagt, möge nach seiner Façon selig werden. Das galt, als er es sagte, besonders für die, die, aus welchen Gründen auch immer, den Weg nach Preußen gesucht und oft mit großen Anstrengungen gefunden hatten<sup>9</sup>.

---

<sup>9</sup> Friedrich II., König von Preußen: Randbemerkung auf einer Eingabe zur Frage, ob die katholischen Schulen im mehrheitlich protestantischen Preußen wieder abgeschafft werden

Aus heutiger Sicht ist zu bezweifeln, ob der von den Bürgerinnen und Bürgern mit der Gestaltung von Rahmenbedingungen beauftragte Akteur, der Staat, befähigt erscheint, nachhaltig brauchbare Lösungen zu entwickeln. „Dem antikisierenden Blick auf das immergleiche Auf und Ab der Imperien entgeht das historisch Neue an der heutigen Situation.“ (Habermas 2018: 96) Die neuen Narrative werden anderswo entstehen und wie 1989 die Regierungen vor sich herschieben müssen (Thaler/Sunstein 2009). Sie werden dort entstehen, wo Vertrauen herrscht, nicht dort, wo Regulierung und Kontrollen herrschen. „Reziprokes Vertrauen, in unserem Fall Vertrauen über nationale Grenzen hinweg, ist eine eben so wichtige Variable wie das langfristige Eigeninteresse. Das Vertrauen überbrückt die Frist bis zur möglichen Probe auf eine im Prinzip erwartbare Gegenleistung, von der aber ungewiß ist, ob und wann und wie sie fällig wird.“ (Habermas 2018: 94)

Das Vertrauen in Politik und Politiker ist geschwunden. Schuld daran sind unter anderem die extrem schlechte Leistungsbilanz, das geradezu pathologische Misstrauen des Staates gegen die eigenen Bürgerinnen und Bürger, unverständliche politische Grabenkämpfe und häufiges persönliches Fehlverhalten. Anstatt daran zu arbeiten, Vertrauen zurückzugewinnen, schotten sich die Regierenden unter dem Vorwand der Sicherheit immer mehr von den Bürgerinnen und Bürgern ab. Bürgerbeteiligungen sind zu rituellen Übungen ohne Folgen, Inklusion ist zum Fremdwort geworden. Geredet wird von Integration. Es kann aber nicht darum gehen, dass alle so werden, wie die Regierung das will. Vielmehr müssen Menschen- und Bürgerrechte, müssen Respekt und Einheit in der Vielheit (Offe 2016: 89) das Narrativ Europas sein. „Wenn wir in der Konfliktsituation verharren, verlieren wir den Sinn für die tiefe Einheit der Wirklichkeit, halten die Geschichte an und verfallen der inneren Zermürbung durch fruchtlose Widersprüche.“<sup>10</sup>

Demokratie ist gewiss nicht konfliktfrei, aber die Solidarität der Europäer kann nur wachsen, wenn Europas Staat, Markt und Zivilgesellschaft es schaffen, unter- und miteinander nachhaltig daran arbeiten, sie zu bauen. Wie so oft in der Geschichte, werden Bewegungen dafür das Narrativ schreiben.

**Dr. phil. Rupert Graf Strachwitz** ist Vorstand der Maecenata Stiftung, München, und Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin ([www.strachwitz.info](http://www.strachwitz.info) / [www.maecenata.eu](http://www.maecenata.eu)).

---

sollten (22. Juni 1740), in der Urfassung: „Hier mus ein jeder nach Seiner Fasson Selich werden! [sic]“

<sup>10</sup> Papst Franziskus in seiner Ansprache vor den Gremien des Europarats in Straßburg am 25. November 2014

## Literatur

- Bouchet, Nicolas/Wachsmann, Inga* 2019: A Matter of Precaution – Watching the Shrinking Civic Space in Western Europe. *Maecenata* (Observatorium Nr. 29).
- Brendan Simms/Benjamin Zeeb* 2016: Europa am Abgrund. Plädoyer für die Vereinigten Staaten von Europa. Beck.
- Crouch, Colin* 2011: Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus. Berlin: Suhrkamp 2011.
- Europäische Kommission (Hrsg.) 2017: Bürgerdialoge zur Zukunft Europas. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union.
- Frankopan, Peter* 2015: The Silk Roads – A New History of the World. Bloomsbury.
- Fukuyama, Francis* 1992: The End of History and the Last Man. Free Press 1992 (dt.: Das Ende der Geschichte. Wo stehen wir? Kindler 1992).
- Green, Stephen* 2015: The European Identity. Haus Publishing.
- Grimm, Dieter* 2016: Europa ja – aber welches? Beck.
- Gross, Andreas* 1995: Eine europäische Verfassung als Fundament für eine transnationale – direktere – Demokratie. In: Erne, Roland/Gross, Andreas/Kaufmann, Bruno/Kleger, Heinz (Hrsg.): Transnationale Demokratie – Impulse für ein demokratisch verfaßtes Europa. Realtopia 178–195.
- Guérot, Ulrike* 2016: Warum Europa eine Republik werden muß. Dietz.
- Gujer, Eric* 2016: Ein Kontinent überschätzt sich. In: Neue Züricher Zeitung, 18./19.06.2016, 1 (zitiert nach: Hannes Androsch, Europe Today and What's Next. Liechtenstein Institute for Self-Determination at Princeton University, White Paper no. 2, December 2016)
- Habermas, Jürgen* 2008: Ach, Europa. Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen* 2018: Unsere große Selbsttäuschung – Ein Plädoyer gegen den Rückzug hinter nationale Grenzen. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 63(8): 91–96.
- Heineken, Alfred H.* 1992: The United States of Europe – A Eurotopia? De Amsterdamse Stichting voor de Historische Weltenschap.
- Heller, Ágnes* 2019: Paradox Europa. Edition Konturen.
- Heuss, Theodor* 1950: Rede am 16. September 1950 zur Einweihung der wieder errichteten Gebäude des Robert-Mayer-Gymnasiums und der Rosenauschule in Heilbronn. In: Ders., Reden an die Jugend. R. Wunderlich.
- Hierlemann, Dominik/Huesmann, Christian* 2018: European Citizens' Panel on the Future of Europe: Evaluation Report. Bertelsmann Stiftung.
- Koch, Marcus* 2019: Nation Europa! Warum aus der Europäischen Union die europäische Nation werden muss. Transcript
- Kocka, Jürgen* 2018: Die Integration ist auf dem Weg – Europa kann von der Zivilgesellschaft und neuen Narrativen profitieren (Interview). In: WZB Mitteilungen: 11
- Kohr, Leopold* 1957: The Breakdown of Nations. Routledge and Kegan Paul.
- Leggewie, Claus* 2017: Kleiner – größer – anders: Regionen der Zukunft und Zukunft der Regionen in Europa. In: Grätz, Ronald (Hrsg.): Kann Kultur Europa retten? Bundeszentrale für politische Bildung (Schriftenreihe Band 10105).
- Levitsky, Steven/Ziblatt, Daniel* 2018: How Democracies Die. Penguin Random House.
- Ménasse, Robert* 2012: Der Europäische Landbote. Zsolnay.
- Ménasse, Robert* 2013: FAQ Europa. *Maecenata* (Europa Bottom-Up Nr. 1).
- Merkel, Angela* 2015: „Wir schaffen das!“ am 31. August 2015 in der Bundespressekonferenz, Berlin. [https://de.wikipedia.org/wiki/Wir\\_schaffen\\_das](https://de.wikipedia.org/wiki/Wir_schaffen_das)

- Möller, Almut* 2013: Das Ende der EU wie wir sie kennen. In: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 60(1): 33–35.
- Münkler, Herfried* 2015: Macht in der Mitte – Die neuen Aufgaben Deutschlands in Europa. Edition Körber Stiftung.
- Muschter, Gabriele/Strachwitz, Rupert Graf/ Strachwitz, Victoria* 2009: Keine besonderen Vorkommnisse? Stapp.
- Nicolai, Georg Friedrich* 2017: Aufruf an die Europäer. Im Oktober 1914 privat verschickt. In: ders.: Die Biologie des Krieges – Betrachtungen eines deutschen Naturforschers. Zürich 1917, korrigierte Fassung Zürich 1919, Nachdruck Verlag Darmstädter Blätter 1983.
- Offe, Claus* 2016: Europa in der Falle. Suhrkamp.
- Quaedvlieg-Mihailovic, Sneska/Strachwitz, Rupert Graf* (Hrsg.) 2007: Kulturerbe – Eckstein Europas. Maecenata.
- Rifkin, Jeremy* 2004: Der europäische Traum – Die Vision einer leisen Supermacht. Campus 2004.
- Ringler, Verena* 2019: Einen Bürgerkommissar für die EU, bitte! In: Die Presse Online, 16.07.2019. diepresse.com.
- Schmale, Wolfgang* 2008: Geschichte und Zukunft der europäischen Identität. Kohlhammer 2008.
- Seeley, John Robert* 2008: United States of Europe. In: Krompotic, Louis (Hrsg.): Die EU und ihre Ahnen in Spiegel historischer Quellen. HZ.
- Simms, Brendan/Zeeb, Benjamin* 2016: Europa am Abgrund. Pklädoyer für die vereinigten Staaten von Europa. Beck.
- Stiftung Marktwirtschaft* (Hrsg.) 2019: Europa zwischen Aufbruch und Frustration: Wie erreichen wir mehr Integration und Stabilität (Tagungsbericht). Stiftung Marktwirtschaft.
- Thaler, Richard H./Sunstein, Cass R.* 2009: Nudge – Wie man kluge Entscheidungen anstößt. Econ.
- von der Leyen, Ursula* 2019: Rede der künftigen Präsidentin der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament, Straßburg, 16.07.2019.